

Das Grundeinkommen und die Sozialdemokratie

Philippe van Parijs

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist derzeit en vogue. Von Finnland bis zur Schweiz, von San Francisco bis Seoul wird darüber diskutiert wie noch nie zuvor. Bisher war das Grundeinkommen zwei Mal Gegenstand einer echten öffentlichen Debatte, wenn auch nur kurz und jeweils auf ein Land beschränkt. In beiden Episoden spielte die gemäßigte Linke eine zentrale Rolle.

Die erste Debatte fand in England in der Folge des Ersten Weltkrieges statt. Der Quäker und Ingenieur Dennis Milner schaffte es, dass sein "State Bonus"-Vorschlag auf der Konferenz der Labour Party 1920 diskutiert wurde. Dieser wurde zwar abgelehnt, aber prominente Mitglieder der Partei verteidigten es in den folgenden Jahren unter der Bezeichnung "Sozialdividende". Unter ihnen waren George Cole, Ökonom und politischer Theoretiker in Oxford, und der spätere Nobelpreisträger James Meade.

Die zweite Debatte fand in den Vereinigten Staaten in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren statt. Ein weiterer späterer Nobelpreisträger, James Tobin, setzte sich für die Einführung eines "Demogrant" ein und zwar zusammen mit Harvard-Ökonom und Bestsellerautor John Kenneth Galbraith, ebenfalls auf der linken Seite der Demokratischen Partei. Sie überzeugten damit Senator George McGovern, der den Vorschlag in sein Programm während seiner Kampagne für die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten aufnahm. Er ließ die Forderung erst in den letzten Monaten vor der Wahl 1972 fallen, die er an Richard Nixon verlor.

Die derzeitige, länger andauernde und zunehmend globale Debatte nahm ihren Ausgang in Europa in den 1980er Jahren. Das Interesse am Grundeinkommen entstand mehr oder weniger gleichzeitig in mehreren Ländern und mündete in der Gründung eines Netzwerkes (BIEN), das jetzt nationale Ableger auf allen Kontinenten hat. Doch dieses Mal steht die sozialdemokratische Linke nicht gerade in der vordersten Reihe, weit weniger als beispielsweise die Grünen oder einige Teile der liberalen Rechten und der radikalen Linken.

Häufige Missverständnisse

Was hat das Grundeinkommen, das bei Sozialdemokraten Misstrauen hervorruft und was hat es, das Begeisterung auslösen sollte? Um solche Fragen zu beantworten ist es wichtig zu klären, was ein Grundeinkommen ist und was es nicht ist.

Es lässt sich sagen, dass bestehende Systeme sozialer Hilfsleistungen in dreierlei Hinsicht bedingungslos sind: Die Leistungen werden in Geld ausbezahlt. Sie sind nicht an die vorherige Zahlung von Sozialversicherungsbeiträge geknüpft. Und sie sind nicht auf die Bürger des betreffenden Landes beschränkt. Die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens hat drei weitere Dimensionen. Es ist individuell, das heißt unabhängig von der Haushaltssituation der Begünstigten. Es ist allgemein, das heißt der Anspruch ist nicht abhängig von der Höhe des Einkommens aus anderen Quellen. Und es ist frei von Verpflichtungen, das heißt nicht auf diejenigen beschränkt, die arbeiten oder bereit sind zu arbeiten.

Ist es nicht absurd, ein solches Grundeinkommen allen zu zahlen, einschließlich der Reichen? Es ist nicht absurd. Das Fehlen einer Einkommensprüfung ist nicht besser für die Reichen. Es ist besser für die Armen. Es stimmt, die Reichen brauchen kein Grundeinkommen, genauso wenig wie sie es nötig haben, dass die untersten Schichten ihrer Einkommen nicht oder zu günstigen Tarifen besteuert werden, wie es unter den aktuellen Einkommensteuersystemen der Fall ist. Spitzenverdiener werden selbstverständlich für ihr eigenes Grundeinkommen bezahlen und für einen Teil der Grundeinkommen, die anderen ausbezahlt werden. Ein großer Vorteil von einem Einkommen, das automatisch und unabhängig vom jeweiligen Einkommen an alle gezahlt wird, ist, dass es die Armen weit effektiver erreicht als an Bedingungen geknüpfte Leistungen, und noch dazu nicht zu Stigmatisierung führt. Ein weiterer Vorteil ist, dass es ihnen einen Boden bietet, auf dem sie stehen können, weil es mit weiteren Einkommen kombiniert werden kann, anders als ein Netz, in dem sie leicht hängen bleiben können, weil es zurückgezogen wird, wenn arme Menschen beginnen, Geld zu verdienen.

Ist es nicht inakzeptabel das Recht auf Arbeit durch ein Recht auf ein Einkommen zu ersetzen? Ein Grundeinkommen tut nichts dergleichen. Im Gegenteil. Es ermöglicht eine flexible, kluge Form der Arbeitsplatzteilung. Es macht es einfacher für Menschen, die zu viel arbeiten, ihre Arbeitszeit zu reduzieren oder eine berufliche Auszeit zu machen. Es ermöglicht Erwerbsarbeitslosen, Beschäftigung anzunehmen, die dadurch frei wurde. Das wird umso leichter, da sie das nun auf Teilzeitbasis tun können, weil das zusätzliche Einkommen zu ihrem Grundeinkommen hinzukommt. Und die feste Basis, die das Grundeinkommen bereitstellt, ermöglicht ein flexibleres Hin und Her zwischen Beschäftigung, Ausbildung und Familie. Dadurch sollte es seltener zu Burnouts kommen und vorzeitige Pensionsanträge zurückgehen, sodass Menschen die Beschäftigung über einen längeren Teil ihres Lebens ausweiten können. Wie Sozialdemokraten zu recht betonen, ist der Zugang zu bezahlter Arbeit aus Gründen wichtig, die sich nicht auf das Einkommen reduzieren lassen. Diejenigen, die ein Grundeinkommen befürworten, das nicht an Arbeit geknüpft ist, brauchen dies nicht zu leugnen. Es wird sogar von denjenigen unter ihnen für selbstverständlich gehalten, die überzeugt sind, dass auch ein großzügiges bedingungsloses Grundeinkommen nachhaltig sein würde: trotz höherer Besteuerung und einer bequemerem Option nicht zu arbeiten, gehen sie davon aus, dass die Menschen genau deshalb weiter arbeiten werden, weil Arbeit für sie weit mehr bedeutet als nur ein Einkommen zu haben.

Das Ende des Wohlfahrtsstaates?

Bedroht die Einführung eines Grundeinkommens nicht die Existenz unserer Wohlfahrtsstaaten? Im Gegenteil, es kommt zu ihrer Rettung. Selbstverständlich ist ein Grundeinkommen keineswegs eine Alternative zu einem öffentlich finanzierten Bildungs- und Gesundheitswesen. Auch soll es kein kompletter Ersatz für einkommensbezogene Sozialversicherungsleistungen sein, die durch die Beiträge der Arbeitnehmer finanziert werden. Da jedoch jedes Haushaltsmitglied ein Grundeinkommen hat, können die Höhe der Geldleistungen und die notwendige Finanzierung entsprechend gesenkt und die Leistungen individualisiert und vereinfacht werden. Dadurch werden auch die problematischen Fallen entschärft, die mit den Bedingungen einhergehen. Selbst auf längere Sicht kann nicht erwartet werden, dass soziale Hilfsleistungen vollständig verschwinden. Weil es sowohl individuell als auch universell ist, wird ein Grundeinkommen in vernünftiger Höhe es uns nicht ermöglichen, auf bedürftigkeitsgeprüfte Aufstockungen für Menschen in bestimmten

Situationen zu verzichten. Aber auch hier werden viele problematische Fallen reduziert werden, wenn durch die bedingungslose Basis die Zahl der Menschen schrumpft, die von diesen an Bedingungen geknüpften Leistungen abhängig sind, wodurch die wichtige Aufgabe der Sozialarbeit erleichtert wird. Eine bedingungslose Basis unter dem bestehenden Sozialstaat einzuführen, wird diesen nicht demontieren, sondern unsere so nachjustierten Sozialversicherungs- und Sozialhilfesysteme stärken.

Es ist dennoch wahr, dass ein Grundeinkommen ein Modell der sozialen Absicherung darstellt, das sich grundlegend von den beiden aktuellen Modellen unterscheidet. Folglich kann man erwarten, dass Menschen, die am engsten in die bereits bestehenden Systeme eingebunden sind, sich herausgefordert fühlen und der Veränderung ablehnend entgegentreten. Das war auch der Fall, als im frühen 16. Jahrhundert die kommunale öffentliche Fürsorge das Monopol der von der Kirche organisierten Wohltätigkeit infrage stellte und als im späten 19. Jahrhundert staatlich organisierte Pensions- und Krankenversicherungssysteme die Position der Institutionen der Armenfürsorge herausforderten. Es ist nicht weit hergeholt zu vermuten, dass der Mangel an Begeisterung für das Grundeinkommen unter Sozialdemokraten und in Arbeiterorganisationen etwas mit der wichtigen Rolle zu tun hat, die sie bei der Einführung, Entwicklung und Verwaltung der Sozialversicherungssysteme spielten, die jetzt den Hauptteil der meisten unserer Wohlfahrtsstaaten bilden.

Dieser Widerstand ist durchaus verständlich, ja lobenswert: unsere sozialversicherungsbasierten Wohlfahrtsstaaten leisten viel in Bezug auf soziale Gerechtigkeit und sind es daher wert verteidigt zu werden. Aber das entbindet Sozialdemokraten nicht davon, die eigene Lehre dringend zu aktualisieren, um die Anforderungen unseres Jahrhunderts besser angehen zu können: ein Jahrhundert, in dem sowohl Erwünschtheit und Möglichkeit von unbegrenztem Wachstum die Selbstverständlichkeit verloren hat, auf die Sozialdemokraten im vorigen Jahrhundert setzten; ein Jahrhundert, in dem lebenslange Vollzeitlohnarbeit nur für eine Minderheit möglich und wünschenswert sein wird; ein Jahrhundert, in dem die Linke das Thema der Freiheit nicht der Rechten überlassen darf.

Das dritte Modell

Was die soziale Sicherung betrifft, so erfordert dies Raum für ein drittes Modell, das sich sowohl grundsätzlich vom alten Modell sozialer Unterstützung – öffentliche Wohltätigkeit – als auch vom Sozialversicherungsmodell – Arbeitersolidarität – unterscheidet, mit dem die Sozialdemokratie eng verbunden war und das sie sich zu verteidigen verpflichtet fühlt. Um in der Lage zu sein, gegenwärtigen Herausforderungen zu begegnen, muss sich die Linke vom "Laborismus" zum "Sozialismus" bewegen, um sich von einer Illusion zu befreien, die seit der Theorie der Ausbeutung von Marx häufig im Mittelpunkt linken Denkens stand. Es gilt vollständig zu erkennen, dass der Großteil unserer Realeinkommen nicht die Frucht des Einsatzes der heutigen Arbeiter ist (ganz zu schweigen von der Abstinenz der heutigen Kapitalisten), sondern ein Geschenk der Natur, das zunehmend mit Kapitalakkumulation, technologischen Innovationen und institutionellen Verbesserungen aus der Vergangenheit, die wir erben, kombiniert wird. Aus der Perspektive des „Laborismus“ ist die gegenwärtige Generation der Arbeiter moralisch berechtigt das Geschenk in Anspruch zu nehmen – ob direkt in Form von Lohn oder indirekt in Form von sozialen Leistungen, auf die sie durch ihre Arbeit anspruchsberechtigt sind – im Verhältnis zum Marktwert ihrer Fähigkeiten, der Länge

ihrer Arbeitszeit und ihrer Verhandlungsmacht. In einer wirklich "sozialistischen" Perspektive, haben alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen Anspruch auf dieses Geschenk, männlich und weiblich, unabhängig vom Umfang ihrer Beteiligung an gut geschützter Vollzeitbeschäftigung, und an bezahlter Arbeit im Allgemeinen.

Diese egalitärere, emanzipatorischere, weniger männlich-voreingenommen Perspektive spricht stark für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Es ist nicht etwas, vor dem sich die Linke fürchten muss. Es ist etwas, das sie mit Begeisterung annehmen sollte. Gibt es einen Hinweis darauf, dass sie das tut? Hier ist einer. Andy Stern war bis vor kurzem der Präsident der Service Employees International Union, mit fast zwei Millionen Mitgliedern eine der größten Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten. Der Titel seines neuen Buches spricht für sich: „Raising the Floor: How a Universal Basic Income Can Renew Our Economy and Rebuild the American Dream“ (New York: Public Affairs, erscheint im Juni 2016).

Original: "Basic Income and Social Democracy", in Social Europe, 11.04.2016:

<https://www.socialeurope.eu/2016/04/44878>

Übersetzung: Christof Lammer (Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – B.I.E.N. Austria)

Philippe van Parijs ist Professor an der Fakultät für Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften der Université catholique de Louvain (UCL), wo er den Hoover Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialethik seit seiner Gründung im Jahr 1991 leitet.